



KATASTROPHENSCHUTZ IM SAARLAND VERBESSERN

**FOLGEN VON KLIMAKRISE
UND DEMOGRAPHISCHEM
WANDEL MEISTERN!**

Von Markus Tressel (MdB) und Sören Bund-Becker

Spätestens seit den Unwetterereignissen in der Nacht vom 31. Mai auf den 1. Juni vergangenen Jahres und den regelmäßigen Hitzesommern ist klar: Die Klimakrise ist mit all ihren Folgen endgültig bei uns im Saarland angekommen: Überschwemmungen, Hitze, Trockenheit und Waldbrände. Die meist freiwillig engagierten Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz, ob bei der Feuerwehr, den Hilfsorganisationen oder dem Technischen Hilfswerk, stehen vor neuen und komplexen Herausforderungen. Hinzu kommen die Auswirkungen des demographischen Wandels sowie veränderte Lebensentwürfe, die das Ehrenamt unter Druck setzen.

Vor diesem Hintergrund ist es geboten, den Katastrophenschutz im Saarland bestmöglich für die Zukunft aufzustellen, insbesondere dessen technische und personelle Ausstattung zu verbessern sowie das Ehrenamt zu stärken und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion zu forcieren. Flankiert durch eine ambitionierte Klimapolitik muss die Landesregierung dazu dringend die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen.

In einem Drei-Punkte-Katalog schlagen die Grünen-Politiker Markus Tressel und Sören Bund-Becker konkrete Maßnahmen vor, um den Katastrophenschutz im Saarland maßgeblich zu stärken und damit den Herausforderungen von Klimakrise und demographischen Wandel zu begegnen.



1

VERBESSERUNG DER TECHNISCHEN AUSSTATTUNG

Es muss zügig analysiert werden, wie man die Hilfsorganisationen technisch besser für noch häufigere und stärkere Extremwetterereignisse rüstet. Starkregen, Wald- und Flächenbrände oder Stürme bringen Feuerwehren, THW und Hilfsdienste zunehmend auch technisch an ihre Grenzen.

MASSNAHMEN

- Leistungsfähigkeit der Integrierten Leitstelle ausbauen, um die Erreichbarkeit der Notrufnummer 112 auch bei großen Unwetterlagen konsequent sicherzustellen
- Förderung von Feuerwehreinsatzzentralen (FEZ) als kommunale Befehlsstellen und von Kreislagerezentren, damit diese flächendeckend eingerichtet werden können
- Landesweite Verfügbarkeit von Drohnen zur Aufklärung aus der Luft (z. B. bei Wald- und Flächenbränden)
- Saarland-Konzept zur Wasserförderung und Wassertransport, z. B. durch Großtanklöschfahrzeuge für Wald- und Flächenbrände
- Leistungsfähigere Pumpen gegen Hochwasser
- Engagement des Bundes im Rahmen des ergänzenden Katastrophenschutzes ausbauen, um die Länder bei der Beschaffung von Spezialtechnik zu unterstützen
- Wildwuchs im Bereich Beschaffung reduzieren: Einheitliche Ausrüstung und Ausstattung für bessere Zusammenarbeit im ganzen Saarland, Fördermittel nur noch für Norm-Fahrzeuge oder bei nachgewiesenem besonderen Bedarf
- Entlastung der ehrenamtlichen Kräfte und Verwaltungen vor Ort durch Musterausschreibungen
- Fehlende Regelungen über Helmkennzeichnungen wiedereinführen um Koordination zu erleichtern



PERSONELLE AUSSTATTUNG VERBESSERN – EHRENAMT MASSGEBLICH STÄRKEN

Das Ehrenamt ist die Grundlage des Katastrophenschutzes: beim Löschen von Bränden, bei technischen Hilfemaßnahmen oder beim Versorgen von Verletzten. Gerade im ländlichen Raum ist dieses Engagement unersetzlich für eine schnelle Hilfeleistung. Durch den demographischen Wandel und moderne Lebensentwürfe kommt das Ehrenamt aber zunehmend unter Druck.

MASSNAHMEN

- Lehrgangsangebot der Landesfeuerweherschule im Hinblick auf Führungslehrgänge und Fortbildungen erweitern, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Klimakrise
- Einrichtung von digitalen Plattformen, um bei Großlagen Spontanhelferinnen und -helfer besser einbinden zu können
- Keine starre Altersgrenze bei den Freiwilligen Feuerwehren mehr, um wertvolles Fachwissen und Engagement für den Katastrophenschutz nicht zu verlieren
- Altersabteilungen der Feuerwehren für unterstützende und rückwärtige Aufgaben sowie im Rahmen der Ausbildungsarbeit einplanen
- Nachwuchsförderung besser aufstellen: Mitgliedschaft in Hilfsorganisationen beim Zugang zum öffentlichen Dienst und zum Studium (Anrechnung als Wartesemester) berücksichtigen sowie Qualifikationen im Rahmen von Ausbildungen anerkennen
- Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer entlasten: Mehr unterstützende hauptamtliche Mitarbeiter sowie Bürokratie im Hinblick auf Notwendigkeit kritisch evaluieren
- Verlagerung von Aufgaben von Stützpunktwehren auf weniger belastete Wehren organisatorisch und finanziell fördern
- Aufgabenbereiche enger fassen: Feuerwehr nicht für Bauhof-Aufgaben zweckentfremden, stärkere Unterstützung der Feuerwehren durch den Landesbetrieb für Straßenbau im Rahmen der technischen Hilfe auf Straßen
- Wachsender Unterstützungsbedarf des Rettungsdienstes durch hauptamtliche Strukturen im Rettungsdienst abmildern
- Rechtsstellung von Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz verbessern: Lohnfortzahlung auch unterhalb der Katastrophenschwelle nach Vorbild der Helfergleichstellung in Bayern
- Diversität der Mitglieder im Katastrophenschutz fördern, Menschen mit Behinderungen in Hilfsorganisationen besser integrieren (z. B. Verwaltungs- und Leitstellenaufgaben)



3

ZUSAMMENARBEIT IN DER GROSSREGION FORCIEREN

Großschadenslagen machen nicht an Grenzen halt. Katastrophen betreffen schnell mehrere Länder, oder überfordern diese gar. Umso wichtiger ist es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion deutlich zu forcieren.

MASSNAHMEN

- Einrichtung eines grenzüberschreitenden Lagezentrums der Großregion im Bedarfsfalle
- Regelmäßige grenzüberschreitende Übungen und allgemein die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch in der alltäglichen Arbeit, gerade zur Bewältigung von Großschadenslagen, fördern
- Kompatibilität von Technik prüfen und ggf. Lösungen erarbeiten
- Alarmwege, Ansprechpartner und verfügbare Technik im Rahmen der Ausbildung gegenseitig bekannt machen
- Vertragliche Kooperation zwischen dem Saarland und Luxemburg für den Zugriff auf die Löschhubschrauber des Großherzogtums
- Unterstützung durch vorgeplante und einheitliche Einheiten gewährleisten, regional und überregional
- Rechtliche Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessern und saarländisches Katastrophenschutzgesetz entsprechend novellieren